

27.09.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Neuhaus,

die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellt nachfolgenden Antrag mit der Bitte um Beratung und Beschlussfassung in der nächsten Verbandsgemeinderatssitzung am 10.10.2019:

Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim möge beschließen:

- 1. Die Verbandsgemeinde Gau-Algesheim schließt sich dem Beschluss des Kreistages Mainz-Bingen vom 2.9.2019 sowie der Initiative von mittlerweile 92 Städten und Kommunen in Deutschland an und erklärt sich mit den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch.*
- 2. Die Verbandsgemeinde Gau-Algesheim verurteilt die Kriminalisierung der Seenotrettung im Mittelmeer.*
- 3. Der Bürgermeister wird gebeten, die notwendigen Schritte einzuleiten.*

Begründung:

Seit der Gründung im Juli 2018 haben sich zahlreiche Städte und Gemeinden mit der Seenotrettung solidarisch erklärt, Anfang September auch der Kreistag Mainz-Bingen. Sie stellen sich gegen die Abschottungspolitik Europas und leisten einen Beitrag, um Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen. Dies käme dann auch der kürzlich von einigen EU-Ministern beschlossenen temporären Übergangslösung zur Verteilung aus Seenot geretteter Migranten entgegen..

Menschen im Mittelmeer zur Abschreckung sterben zu lassen, um Europa weiter abzuschotten, widerspricht allen humanitären Grundsätzen.

Die VG Gau-Algesheim soll daher der schriftlichen Bitte der Landrätin auf Beteiligung an der Initiative „Sicherer Hafen“ folgen und sich zur Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen bereit erklären.

Sabine Numrich-Helm
Fraktionssprecherin